

Kultur & Gesellschaft



Amazonien Eine Flussfahrt im brasilianischen Regenwald führt zu Delfinen, Faultieren und Affen – und in die Metropole Manaus. 24, 25



28 Prozent der wahlberechtigten Schweizer haben der SVP-Initiative zugestimmt. Einen Sieg des Volkes kann man das nicht nennen. Foto: Xavier Gehrig (Keystone)

Der Bauer sticht den König

Die Abstimmung über die Einwanderung zeigt: Im Land der direkten Demokratie schiebt das Volk der Regierung den schwarzen Peter zu. *Eine Einschätzung von Martin Ebel*

Mehrheit ist Mehrheit: Das ist so ein Satz, der stimmt, und doch interpretationsbedürftig ist. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes: noch so ein Satz. Die Schweiz hat die beste Demokratie von allen, weil das Volk hier direkt entscheidet: Dieser Satz ist der interpretationsbedürftigste. Und ob er stimmt...

Dossier: Zuwanderung in die Schweiz
www.zuwanderung.tagesanzeiger.ch

Am 9. Februar hat das Schweizer Volk entschieden, dass es den Zuzug von Ausländern begrenzen will. Wirklich? Es war eine hauchdünne Mehrheit von 50,3 Prozent, bei einer Beteiligung von 55,8 Prozent. Der Taschenrechner sagt: 28 Prozent der wahlberechtigten Schweizer haben der SVP-Initiative zugestimmt, die restlichen 72 Prozent waren dagegen, oder es war ihnen egal. Einen Sieg «des Volkes» kann man das nicht nennen; es ist weder Grund zum überschwänglichen Jubel noch zur Verurteilung eines ganzen Landes als fremdenfeindlich.

Aber in einer Demokratie fallen Grundsatzentscheidungen durch Abstimmungen, und Mehrheit ist Mehrheit, auch wenn sie hauchdünn ist und die Beteiligung auch nicht überwältigend. Die unterlegene Minderheit muss ihre Niederlage ebenso akzeptieren wie die Mehrheit, dass sie sich auf sehr dünnem Eis bewegt. Es hätte leicht auch anders kommen können; ein bisschen mehr Engagement bei der Regierung, noch mehr Informationsarbeit durch die Medien, anderes Wetter, wer weiss? Vielleicht sieht die Mehrheit ja schon jetzt, eine halbe Woche danach, wieder anders aus, angesichts der möglichen Konsequenzen.

Das ändert nichts am Ergebnis. Aber nun kommt Satz zwei ins Spiel. Wie herrscht das Volk, wie regelt es seine Belange? Damit hat die Menschheit seit den alten Griechen, als der Gedanke der Demokratie die Welt erblickte, herumprobiert und -experimentiert. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass alle Menschen

die gleichen Rechte, nicht aber die gleichen Fähigkeiten und Interessen haben. Wem die öffentlichen Angelegenheiten schnurz sind, der ist genauso wichtig als Stimmbürger wie der, über dessen Horizont sie zumeist gehen. Nicht nur stimmen, sondern umsetzen, also handeln tun die, die das wollen und können. Politik ist eine Frage der Zeit und der Expertise, weshalb jede Demokratie eine repräsentative Demokratie ist. Auch die schweizerische: Das Volk entscheidet eben meist nicht selbst, sondern überträgt vernünftigerweise die Erledigung seiner Angelegenheiten auf Volksvertreter, die turnusmässig überprüft werden (durch Wahlen) und, unregelmässig, korrigiert: durch Abstimmungen wie die am vergangenen Sonntag.

Diesmal sind dabei auch zwei Prinzipien zusammengerasselt: das Betroffenheitsprinzip - ich will selbst bestimmen, wie viel Ausländer ich in meinem Land haben will - mit dem Expertenprinzip - wir wissen, dass die Personenfreizügigkeit der Schweiz grosse Vorzüge bietet, und wollen sie behalten. In der Schweiz sticht der Bauer immer den König, also der Volkswille, wie knapp auch immer er sich erklärt, die gewählten Profis.

Etwas wollen, was nicht geht

Aber auch der Volkswille ist nicht absolut (geschweige denn immer der Weisheit letzter Schluss). Er kann mit grundlegenden Prinzipien der Humanität kollidieren oder auch mit internationalen Verträgen, die zu brechen die Verlässlichkeit des Landes infrage stellen würde. Im Extremfall kann das Volk etwas wollen, was nicht geht. Ein solcher Extremfall wäre etwa das Verlangen nach der Todesstrafe. Streng genommen ist auch das Minarettverbot ein Verstoß gegen Menschenrechte, nämlich die Religionsfreiheit. Es fehlt bisher nur der betroffene Kläger, der durch alle Instanzen geht bis zum Europäischen Gerichtshof.

Die SVP-Initiative verstösst gegen kein Menschenrecht, aber sie verletzt ein empfindliches System aus Verträgen,

mit denen die Schweiz es in den letzten Jahren geschafft hat, die Vorzüge der EU zu geniessen, ohne ihr angehören zu müssen. Sie ist gut damit gefahren; ihr Wohlstand verdankt sich auch dem Zustrom an fleissigen, fähigen Ausländern. Als hoch entwickelter Industrie- und Dienstleistungsstandort lebt die Schweiz über ihre Verhältnisse; sie kann die qualifizierten Arbeitskräfte nicht selbst produzieren, die sie braucht, um ihr Niveau zu halten. Die Fehler der eigenen Bildungspolitik zu korrigieren, dauert mindestens ein Jahrzehnt. Wenn man es denn überhaupt will.

Das Volk hat entschieden, um die Konsequenzen muss es sich nicht scheuen: Den Schwarzen Peter hat, in der eigenwilligen Schweizer Konstruktion aus direkter und indirekter Demokratie,

Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass: So kann man abstimmen, aber nicht Politik machen.

die Exekutive. Die Regierung tritt den Verhandlungspartnern in der EU gewissermassen als vertragsbrüchig gegenüber, schuld- und hilflos, was ihre Position nicht leichter macht. Was die EU sich jetzt an Reaktionen ausdenkt - den Ausschluss der Schweiz aus allerlei gemeinsamen Projekten, vielleicht noch mehr -, muss sie hinnehmen. Und sie kann das Volk, den widerspenstigen Souverän, nicht einmal zum Nachsitzen und Nachdenken und Nachjustieren bitten. In drei Jahren vielleicht.

Aber diese drei Jahre, die die Initiative dem Bundesrat gibt, sind auch eine Chance. Abstimmungen sind Ja/Nein-Entscheidungen, notwendig grob und grundsätzlich. Politik aber handelt differenziert und pragmatisch. Das Votum vom Sonntag verlangt nach Kontingenzen im «gesamtwirtschaftlichen Interesse» der Schweiz. Umsetzen muss die-

ses Verlangen die Exekutive. Und hier lässt sich das hauchdünne Wahlergebnis subtil und sinnvoll interpretieren. Stadtkantone und Romandie etwa waren, teils mit grosser Mehrheit, gegen die Initiative. Warum sollte die Bundesregierung nicht die Kontingente so hoch legen, dass alle Ausländer, die man braucht, drunter durchmarschieren können? Und Kantone, die sie besonders brauchen, besonders gut versorgen? Auch das ist Volkswille, aber differenziert betrachtet.

Von Interessen geleitet

Die Mehrheit der städtischen Schweizer hat begriffen - denn sie hat es vor Augen -, wie sehr sie von Zuwanderung profitiert. Für die ländliche Schweiz ist die Frage leichter zu abstrahieren, auch zu emotionalisieren. In Ja/Nein-Entscheidungen fließen oft sachfremde Motive ein. Bei der Minarettabstimmung war das ein Unbehagen gegenüber aggressiven Seiten des Islam. Bei der Personenfreizügigkeit ist das ein Unbehagen an den Kollateralschäden von Modernisierung und Globalisierung. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass: Nach diesem Prinzip darf man abstimmen, Politik machen kann man so nicht.

Die Folgen des letzten Sonntags werden vermutlich weniger dramatisch ausfallen, als Befürworter hoffen, Gegner fürchten. Die politisch Verantwortlichen auf Schweizer wie auf europäischer Seite werden sich weniger von Ressentiments als von Interessen leiten lassen. Und diese Interessen schreiben beiden Seiten vor, den Weg grösstmöglichen Miteinanders und Austauschs weiterzugehen. Mit der Freizügigkeit von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Menschen. Diese vier Freiheiten sind für die EU nicht verhandelbar.

Aber die Entscheider in Brüssel werden klug genug sein, nach einer kurzen Trotzphase erst einmal abzuwarten, ob die Schweiz wirklich Gesetze erlässt, die arbeitswilligen und gefragten Europäern den Zutritt verweigern. Und so weit muss es ja nicht kommen.

Der Schwarm ist grosszügig

Wemakeit.ch ist die erfolgreichste Schweizer Plattform für Crowdfunding. Zwei Jahre nach dem Start hat sie neue Pläne.

Von Thomas Wyss

Das Ziel war hochgesteckt: «Wir wollen 50 Prozent aller Eingaben zum Erfolg führen, ein Ideenfriedhof interessiert uns nicht», sagte Mitinitiant Johannes Gees im Februar 2012, kurz vor dem Start der ersten Schweizer Crowdfunding-Plattform Wemakeit. Nicht wenige Fachleute hielten diese Vorgabe für illusorisch - einerseits war Crowdfunding als Instrument zur Finanzierung von Kunst und Kultur hierzulande praktisch unbekannt, andererseits erreichte der erfahrene amerikanische Schwarmfinanzierer Kickstarter.com, der den Machern als Vorbild diente, damals eine Erfolgsquote von rund 40 Prozent.

Doch jetzt, zwei Jahre nach der Lancierung, ist klar: Das Ziel wurde nicht nur erreicht, es wurde mit 66 Prozent finanzierten Eingaben sogar weit übertroffen. Der Wert zählt weltweit zu den höchsten. In nackten Zahlen: Seit 2012 hat das stetig wachsende Team von Wemakeit knapp 550 Projekte zum Erfolg geführt. Dabei haben insgesamt 24 500 Personen mit Beiträgen zwischen zehn und mehreren Tausend Franken Filme, Musikalben, Kunstbücher oder Design- und Lifestyle-Objekte mitfinanziert. Insgesamt wurden fast vier Millionen Franken aufgetrieben.

Auf dem Weg zu diesen Bestmarken stellte Wemakeit einen besonderen Rekord auf: Im Jahr 2013 suchte die Basler Art-Pop-Band The Bianca Story für das Projekt «Bist du Kumpel?» nicht weniger als 100 000 Franken. Ziel war es, mit dem Geld das Studioalbum «Digger» gratis veröffentlichen zu können. Die bis dahin grösste Crowdfunding-Bandkampagne im deutschsprachigen Raum gelang, der Betrag wurde sogar noch übertroffen.

Auch für Vereine und NGOs

Die erfreuliche Entwicklung führen Johannes Gees und seine Leute unter anderem auf ihre mehrsprachigen Coaches zurück, welche die Antragsteller bei den Projekteingaben beraten. Als weiterer Faktor wurden die «Serial Backers» ausgemacht - das sind gut betreute, kulturräffine Personen, die teilweise bereits bis zu zwanzig Wemakeit-Projekte mitunterstützt haben.

Um die Erfolgsgeschichte in die Zukunft zu verlängern, wurden bereits weitere Ambitionen formuliert und neue Geschäftsfelder ins Auge gefasst. So soll die grösste Schwarmfinanzierungsplattform der Schweiz - sie ist inzwischen als gemeinnützig anerkannt, wodurch die Unterstützungsbeiträge von den Steuern abgesetzt werden können - ihren Umsatz im laufenden Jahr um 100 Prozent steigern. Um dies zu erreichen, will man das Unternehmen im ganzen Land populär machen (unter anderem durch die vereinbarte Mithilfe aller Deutschschweizer Kantone) und in Zukunft auch nicht gewinnorientierten Vereinen und Organisationen bei der Projektfinanzierung helfen.

Das Gedicht

Migration

An seinen Fingern
zählt der Enkel
die Planeten ab.

Saturn wollen wir
bewohnen, er dient
uns auch als Karussell.

Weiss und geringelt
züngelt unser Haar durchs
All, wir schauen mild

zurück auf unsere enge
Heimat, halten einander
bei der Hand.

9. 2. 2014, Klaus Merz (* 1945)